

**CDU-Kreistagsfraktion  
Valkenburger Str. 45  
52525 Heinsberg**

**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Anlage 1  
(zu TOP 1)

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für  
Umwelt und Verkehr  
Herrn Dr. Gerd Hachen  
Neumühle 27  
41812 Erkelenz

22.06.2011

Fraktionen im Kreistag z. K.

**Antrag nach § 5 GeschO  
Bürgersolaranlagen ehemaligen Mülldeponien Rothenbach und Hahnbusch**

Sehr geehrter Herr Dr. Hachen,

mit großem Erfolg hat der Kreis Heinsberg durch die Verpachtung kreiseigener Gebäude das Modell einer Betreibergesellschaft für Bürgersolarstrom mittels Fotovoltaikanlagen ins Leben gerufen. Viele Bürger und Bürgerinnen des Kreises Heinsberg haben die Gelegenheit genutzt und sich an Fotovoltaikanlagen beteiligt. Der Kreis Heinsberg möchte weiter einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung leisten und den Menschen im Kreis Heinsberg weitere Möglichkeiten bieten, sich mit einem individuellen Beitrag an der regenerativen Energieerzeugung zu beteiligen und gleichzeitig eine interessante Kapitalrendite zu erzielen.

Für die Nutzung von Fotovoltaikanlagen kommen - wie bereits bei kreiseigenen Gebäuden praktiziert - Dachflächen, daneben aber auch Industriebrachen und ehemalige Deponien in Frage. Der Kreis Heinsberg verfügt als Eigentümer über zwei ehemalige Deponiestandorte, welche für eine Nutzung im Sinne dieses Antrages in Betracht kommen können.

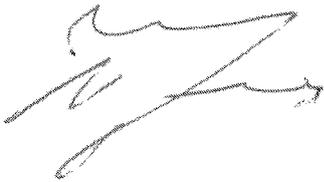
Es entspricht dem Grundsatz: „Global denken, lokal handeln“, wenn der Kreis Heinsberg unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger seine bisherigen Aktivitäten bei der Nutzung und beim Ausbau erneuerbarer Energien weiter vorantreibt. Damit leistet er zugleich einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr möge daher **beschließen**:

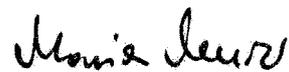
- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Eignung und Bereitstellung von Flächen zur Installation von Fotovoltaikanlagen auf den Deponien Wassenberg-Rothenbach und Gangelt-Hahnbusch zu prüfen.**
- 2. Sofern entsprechende Flächen in Betracht kommen, soll die Umsetzung möglichst über ein Betreibermodell erfolgen, welches eine wirtschaftliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.**

3. Das Ergebnis bzw. bei erfolgreicher Prüfung ein Umsetzungsvorschlag soll dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr in diesem Jahr vorgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



für die CDU-Fraktion  
Norbert Reyans



für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Maria Meurer